schloß auf Grund kommissioneller Berathung dem Antrage des Volksvereins auf Einführung der Lehrmittelfreiheit an den Volksschulen nicht stattzugeben. Der wohllöbliche Magistrat befürchtet, daß infolge einer solchen Maßregel 100 000 M. jährlich mehr ausgegeben werden müßten! Die Nürnberger Stadtregierung führt eins der reaktionärsten Regimenter im ganzen Reiche. Trotz alledem aber nennt sie sich unentwegt „freisinnig". Und mit Recht. Denn der Freisinn, wenn er erst zur Herrschaft gekommen ist, ist um nichts besser, als etwa der Konservatismus.

— **Gegen die christlich-soziale Resolution,** die in der letzten, auch von uns gemeldeten Stöckerversammlung in Berlin angenommen wurde und die sich sehr scharf gegen die sogenannten Mittelparteien wandte, wendet sich jetzt, ebenfalls mit Schärfe, die „Nordd. Allg. Ztg.":

„Die Resolution unterstützt mit ihren vagen Reformphrasen die sozialdemokratische Irreführung des Urtheils. Die in der Resolution enthaltenen Anklagen gegen die Mittelparteien seien in ihrer ungerechten Uebertreibung Pamphlete, die nur die Wirkung ausüben können, den Klassenhaß zu schüren und den Zustand der Verhetzung zu steigern. Der christlich-soziale Beschluß stelle sich fast in allen Punkten als eine Aktion dar, durch welche der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle geführt werde."

Solche Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." wirken ungemein nützlich. Die Kluft innerhalb der Bourgeoisie muß größer und größer werden, und Alles, was auch nur die leiseste Mißbilligung des herrschenden kapitalistischen Systems verlauterläßt, muß in immer stärkere Opposition gedrängt werden.

— **In der Landesverrathssache** sind weitere Verhaftungen erfolgt. Es sind außer den beiden zuerst wegen Landesverraths verhafteten Personen noch zwei weitere Spione, sowie der Buchhalter bei Gruson, Namens Apfelbaum, unter starker Bewachung nach Leipzig übergeführt worden. Nachdem eine längere Untersuchung durch den preußischen Kriegsminister, sowie durch den Kriminalkommissar v. Tausch und den Kölner Oberstaatsanwalt stattgefunden hat, ist die Voruntersuchung dort sowohl wie in Magdeburg, Berlin und Hessen abgeschlossen. Die Angelegenheit soll bereits in den nächsten Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig zur Verhandlung kommen.

Ueber die Angelegenheit soll auch in Luxemburg nach einer Meldung der „Etoile belge" nicht geringe Aufregung herrschen, da luxemburgische Familien in Mitleidenschaft gezogen sind. Ein anderer luxemburgischer Ingenieur, der mit dem in Köln als Spion festgenommenen Ingenieur Paul Sch. in regem Verkehr stand, hält sich jetzt in der Schweiz auf. Da seine Familie erfuhr, daß die deutschen Behörden auf ihn fahndeten und ihn bei seiner Rückkehr aus der Schweiz nach Luxemburg bei seiner Durchfahrt durch die deutschen Reichslande festnehmen wollten, so gelang es ihr, ihn noch rechtzeitig zu warnen. Infolge dessen ist er in der Schweiz geblieben.

— **Parteinachrichten.** Genosse Neukirch in Berlin, Redakteur der „Schlesischen Volkswacht", wurde wegen Beleidigung des Staatsministeriums, begangen durch einen Leitartikel „Schnorrer", zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt. Derselbe Artikel stand in vielen andern Blättern und ist unbeanstandet geblieben.

Frankreich.

— **Paris**, 8. Oktober. Aus englischer Quelle kommt die Meldung, daß die fliegende Kolonne des französischen Expeditionskorps unter General Duchesne die Hauptstadt der Hovas, Antanarivo, eingenommen hat. Der Premierminister und der Hof seien nach Ambositra und Betsileos geflohen.

Großbritannien.

— Die Parnelliten hielten in Dublin am Montag eine Versammlung ab, in der John Redmond den Vorsitz führte. Redmond erklärte, Irland bestände auf „Homerule" und würde mit bloßen Verbesserungsmaßregeln nicht zufrieden sein. Wenn ein Krieg in Europa ausbrechen sollte, würden die Irländer unter den Klängen der „Marseillaise", nicht unter denen des „God save the queen" (englische Nationalhymne) marschiren. Die Versammlung nahm Resolutionen zu Gunsten von Homerule und zu Gunsten einer Amnestie der politischen Gefangenen an.

Bulgarien.

— **Der Koburger treibt mit den „heiligsten" Dingen seinen Schacher und muß sich darum die härtesten Zurechtweisungen gefallen lassen.** Der „Peterab. Herold" bringt folgende Mittheilung an auffallender Stelle in größerer Schrift:

„Jüngst überraschte uns der Telegraph durch die Meldung des Wiener „Fremdbl.", der kleine Prinz Boris von Koburg soll demnächst in den Schooß der orthodoxen Kirche aufgenommen werden; jedoch nur für einen Augenblick: der Nachricht folgte die Ableugnung durch das „Telegr.-Korr.-Bur." in Wien auf dem Fuße nach und ließ uns nur das Vergnügen, die von einem österreichischen halbamtlichen Organ verbreitete Meldung von einem zweiten eben solchen Organ widerrufen zu sehen. Soll das etwa ein ballon d'essai sein? Bezügliche Mühe; denn es ist doch Jedermann bekannt, daß Prinz Ferdinand von Koburg als Fürst von Bulgarien für Rußland nicht existirt und Unterhandlungen zwischen ihm und Rußland ganz undenkbar sind! Prinzessin Clementine von Koburg und ihr Sohn sollten davon doch genügend überzeugt worden sein. Was aber in Petersburger Kreisen Unwillen hervorrufen muß, ist der schnöde Schacher, der gewissermaßen mit der Konfession des fürstlichen Kindes getrieben wird; man rollt seine Aufnahme in die rechtgläubige Kirche nur zugeben, falls Rußland a priori die Belassung der Dynastie Koburg-Kohary auf dem bulgarischen Throne zusichert. Es versteht sich wohl von selbst, daß eine solche Zusicherung nicht ertheilt werden kann; eine freiwillige Konversion des Prinzen Boris wäre doch das Mindeste, wodurch die genannte Dynastie ihre aufrichtige Vereinigung mit der bulgarischen Nation bekunden müßte. Indessen glauben wir, daß Rußland auch heute keine Veranlassung hat, die Entwicklung der Dinge in Bulgarien zu beschleunigen, alle darauf bezüglichen ballons d'essai erscheinen uns durchaus müssig."

Dieser Ferdinand von Koburg ist doch aber sicherlich eine „Ordnungsstütze"!

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der Beilage.)

Ich komme nun zu dem zweiten Theil: „Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums." Ich brauche wohl nicht erst zu betonen, daß die Vermehrung des Gemeindelandes mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hat. Was geht uns das Gemeindeland an, das vielleicht irgendwo in Posen an einen Gutsbesitzer verpachtet wird? Alle europäischen Sozialisten, namentlich die ausgezeichneten Theoretiker in Rußland, sind Gegner des Gemeindelandes. Sie Alle sehen ein, daß statt der alten Kleinbauern zunächst ein ländliches Proletariat geschaffen werden muß. Sie sind für Auflösung des Gemeindelandes, weil sie die Dinge so ansehen, wie sie thatsächlich sind und erst die richtige Vorbedingungen schaffen wollen. Freilich muß man dann länger warten, aber das thut in diesem Falle nichts.

Was haben wir den eigentlich für Allmenden? Vom Schwarzwald habe ich vorher gesprochen. In der Schweiz haben wir, von den Alpen abgesehen, Weidewirthschaft. Dort bestehen solche kleine Fetzchen Land, daß wohl niemand glauben wird, wir hätten ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Zustände. Im Durchschnitt kann dort ein Arbeiter mit seinem Acker gerade seinen Hausbedarf an Kartoffeln decken. Diese Frage hat also dort heute schon gar keine Bedeutung mehr. In Baden kommt nach einer Statistik von 1854 so wenig auf den Bewohner, daß damit nicht ein einziger seinen Familienbedarf decken kann. In Württemberg haben nach einer Statistik von 1890 1629 Gemeinden überhaupt Allmenden: von diesen haben 567 Gemeinden einen Allmendenbesitz von 1 bis 10 Morgen, 315 einen solchen von 11 bis 30 Morgen, der sich noch auf die einzelnen Familien vertheilt, also von gar keiner Bedeutung ist. Und wie urtheilen die Leute, die uns etwas nahe stehen und die Dinge kennen, darüber? Sie sagen, dadurch, daß wir von Gemeinde wegen den Leuten kleine Aeckereien zuweisen, thun wir dasselbe, als wenn wir den Arbeitern als gute Herren kleine Aecker geben. Wir fesseln sie an die Scholle. Vielfach verfährt man auch so, daß man die Allmende nicht gleich vertheilt, sondern erst nach 10 oder 20 Jahren, und daß sich der Antheil je nach der Länge der Zeit vermehrt. Ja, da tritt doch der arbeiterfeindliche Charakter der Allmenden ganz deutlich hervor. Eine Autorität für uns, der Fabrikinspektor Wörishofer, gesteht ein, daß die Allmendenregulirung, wie sie in Baden vor sich geht, dazu dient, die Leute zu fesseln, und er hält es für ein Glück, daß die Allmenden immer mehr zurückgehen. Dieser entschiedene Arbeiterfreund aus den bürgerlichen Kreisen ist der Meinung, daß dadurch nur eine Lohndrückerei herbeigeführt wird. Aehnlicher Ansicht ist Bücher bezüglich des Kantons Glarus. Man bekommt dadurch einen Stamm seßhafter Arbeiter. Man braucht keine fremden Arbeiter heranzuziehen und schließt die Möglichkeit einer Konkurrenz aus; ähnlich wie man früher in England den Arbeitern Zuschüsse aus Armenkassen gewährte, und damit den Zweck der Lohndrückerei verfolgte, so bewirkt man auch durch die Allmende nichts Anderes, als daß man den Fabrikanten das schenkt, was sie sonst mehr an Lohn zahlen müßten. Verlangen Sie etwa, daß wir als sozialdemokratische Partei dafür eintreten? Die Allmende wird heute gerade von bürgerlichen Agrarpolitikern, wie z. B. Freiherrn v. d. Goltz verlangt und gerade deshalb sollten wir uns es zehnmal überlegen, ob wir eine solche Forderung auch stellen dürfen, denn unsere Gegner verstehen ihre Interessen am besten zu wahren. Auch in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik heißt es, man solle das Gemeindeland nicht zu hoch verpachten, um die Arbeiter seßhaft zu machen. Die Vermehrung der Allmenden ist also keine sozialistische Forderung, sondern eine Forderung der agrarischen Interessenten und Großindustriellen.

Wie steht es nun mit der Forderung der Verstaatlichung der Grundschulden? Wer die agrarische Literatur seit 20 Jahren und die agrarischen Programme kennt, der wird wissen, daß diese Forderung heute fast in allen Bauernprogrammen, in antisemitischen, im Zentrumsprogramme enthalten oder angedeutet ist, diese Forderung ist uralt. Immer, wenn man die Bauern gewinnen wollte, machte man ihnen ein solches Versprechen. So z. B. im Jahre 1848 seitens der bürgerlichen Revolutionäre. Die Forderung ist wörtlich im antisemitischen Programm Liebermann v. Sonnenberg's enthalten, v. Kardorff ist in seinem Wahlkreise damit herumgezogen, kurz, sie können nehmen, wen sie wollen: alle Agrarier haben diese Forderung gestellt, und da wäre es doch ein Wunder, wenn nicht auch in unserer Partei einzelne darauf verfallen wären. (Heiterkeit.) Aber unsere Gegner sind radikaler und weitsichtiger gewesen. Wir erreichen damit gar nichts, denn Herabsetzung des Zinsfußes heißt für den kleinen Bauer nichts Anderes, als daß er glaubt, seinem Stückchen Land noch mehr bieten zu können und sich von Neuem in Schulden stürzt. Ja, bei der Erbtheilung wird sogar die Verschuldung noch eine höhere und der Bauer ist dann wieder da, wo er vorher gewesen ist. (Sehr richtig.) Das erkennen unsere Gegner, aber wir wollen es nicht mehr haben, wir wollen die einfache Konsequenz nicht ziehen. Wir wollen den Bauern Honig um den Mund schmieren, ohne ihm nützen zu können. Wir bleiben eben auf halbem Wege stehen, und wir bewirken dadurch, daß die Gegner uns mit unseren eigenen Waffen schlagen können. Wenn unsere Gegner die Verstaatlichung der Grundschulden verlangen, so haben wir keinen Grund, diese Forderung zu unterstützen, denn unsere Gegner wollen die Verstaatlichung auf Kosten der Arbeiter (Sehr richtig!), und dann haben wir nicht mehr die Gegner in der Hand, sondern die Gegner uns. Sie werden vielleicht verwundert sein, daß ich darauf gedrungen habe, den süddeutschen Entwurf zu veröffentlichen. Ich habe das nicht gethan, um die Süddeutschen zu kränken, sondern, weil dadurch am allerdeutlichsten hervortrat, mit welcher Unkenntniß und mit welchem Mangel an Gewissenhaftigkeit heute Forderungen in der Partei aufgestellt werden konnten, und wie auch selbst gute, alte, erfahrene Parteigenossen auf solche Charlatanerie eingehen konnten. Als ich den süddeutschen Entwurf sah, da schien es mir, als ob ich diesen Entwurf schon einmal irgendwo gesehen hätte und als ob er schon einmal in einem großen Staate als Gesetz vorgelegen hätte, als ob er von einer ganz reaktionären Regierung vor 2 Jahren veröffentlicht worden wäre. Der süddeutsche Ausschuß hat also in seiner Unkenntniß und geringen Gewissenhaftigkeit einen Entwurf eingebracht, der jeden Augenblick in einem der größten Reiche schon hätte Gesetz sein können. Ich habe mir deshalb den alten österreichischen Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtungen von Berufsgenossenschaften der Landwirthe aus dem Jahre 1893 vorgenommen, dessen Urheber der erzreaktionäre Graf v. Falkenhayn ist (Heiterkeit), der Minister, der die Verantwortung trägt für all' das, was den österreichischen Bergarbeitern in den letzten Jahren geschehen ist, der Mann, dessen Hände von dem Blute der erschossenen Bergleute befleckt sind. Nur den Naturalzins hat er damals in seinem Entwurfe nicht gefordert, denn dagegen hat der Finanzminister protestirt. (Heiterkeit.) Es ist ein Glück, daß dieser Herr nicht preußischer Minister ist, denn sonst hätten wir für seinen Entwurf stimmen und mit Hurrah einschwenken müssen. (Heiterkeit.) Ja, wenn die Dinge so weit gehen, daß die Leute, die hier an der Partei herumdoktern wollen (Heiterkeit), so wenig Uebersicht und so wenig Gewissenhaftigkeit haben, daß sie ruhigen Blutes die Dinge zu Papier bringen, dann halte ich es für meine Pflicht, der Katze die Schellen umzuhängen und die Partei zu fragen, ob solche Leute beanspruchen dürfen, in diesen Fragen an der Spitze zu marschiren. Nein, Leute, die so wenig Ahnung von der Sache haben, muß man bloßstellen. (Sehr richtig!) Ich habe in den 15 Jahren, wo ich in der Partei bin, derartiges noch nicht erlebt. Man sollte es wahrhaftig nicht für möglich halten, daß so lange Zeit, nachdem Karl Marx gegen Proudhon geschrieben hat, in unserer Zeit noch von einem Naturalzins die Rede sein kann.

Zum Schlusse noch einige Worte über die praktische Stellung, die wir im politischen Leben einnehmen würden, wenn wir den Entwurf annehmen, wenn wir auch alle die gekennzeichneten Agrarforderungen annehmen. Der Bauer kommt doch nicht zu uns, wenn wir ihm nicht alle möglichen „Wenn und Aber" lassen, auch nicht einen Bauer werden sie aus den Krallen der Agrarier holen, wenn wir den Entwurf und noch alles mögliche billigen, was die Bauern haben wollen. Wenn wir einige Forderungen annehmen, dann giebt es keinen Halt mehr. Den Anfang haben wir noch in den Händen, das Ende nicht mehr. Außerdem in welche Gesellschaft würden wir durch die Annahme des Entwurfes gerathen?! Jeder Antisemit, der das Gemeindeeigenthum vermehrt wissen will, der für die Verstaatlichung seiner Schulden thätig ist, klopft uns, wenn er zu uns kommt, auf die Schulter und wir müssen ihm wieder auf die Schulter klopfen. Wir wollen aber doch nicht Elemente heranziehen, von denen wir gar nicht wissen können, wie sie bei uns wirken werden. Wir wollen lieber Schritt für Schritt vorwärts gehen, allein, als schnell mit den Antisemiten und Bauernführern. Es ist jetzt noch ein Segen für uns, daß diese Leute ihre eigenen Wege gehen. Besonders die jüngeren Genossen warne ich vor der allzu nahen Nachbarschaft dieser Leute, wollen sie nicht den Teufel durch Beelzebub austreiben versuchen. Wir wollen keine Charlatanerie, wir wollen nicht mit Wundermitteln kuriren.

Diejenigen Leute, die an der Spitze gehen könnten, hätten mehr Gewissenhaftigkeit haben sollen. Ich habe die Veröffentlichung verlangt, um den Leuten zu zeigen, was für Quacksalbereien in das Programm kommen sollten. Wenn die Genossen nach der langen Diskussion ihr Unrecht noch nicht eingesehen haben, dann müssen ihnen eben die Arbeiter die Wege weisen. Und darum bitte ich Sie: Lehnen Sie den ganzen Entwurf ab. Die Partei verliert an ihm nichts. Wir wollen freilich den Kleinbauer heranziehen, aber wir müssen ihm erklären, daß er keine Zukunft hat als Besitzender, sondern nur als Besitzloser, wenn er unter unserer Fahne kämpft. Wir wollen das Pferd nicht beim Schwanze aufzäumen und nicht einreiten wie Uhland's Abt, verkehrt, mit dem Schwanze in der Hand. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Auer beantragt: 1. Der Parteitag wolle beschließen: den Entwurf der Agrarkommission in allen Theilen abzulehnen. 2. Eine Kommission zu wählen, in der möglichst alle Provinzen vertreten sind, insbesondere die östlichen; die Kommission hat die Aufgabe, durch ihre Mitglieder in allen Landestheilen Erhebungen über die wirthschaftliche Lage der Landarbeiter anzustellen, das gewonnene Material zu sichten, zu veröffentlichen und für die Genossen eine Richtschnur der Landagitation zu schaffen.

Singer schlägt vor, die oben angeführten Anträge und Absatz 2 des 9. Antrages (der Parteigenossen in Kostheim): „Der Agrarprogrammentwurf ist an einen Ausschuß zu verweisen, der Material zu sammeln und von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen hat; und Antrag 110: Der Parteivorstand möge den Referenten, welche zur Landagitation verwendet werden, genügende Mittel zur Verfügung stellen, daß dieselben in der Lage sind, sich einige Tage auf dem Lande aufzuhalten, um die Ansichten und Wünsche der Landbevölkerung aus eigener Anschauung kennen zu lernen", mit dem Antrag Auer zusammen zu behandeln. Ferner theilt Singer mit, daß noch verschiedene Begrüßungsschreiben eingetroffen sind.

Schluß 6¾ Uhr.

Beleidigungsprozeß gegen den Genossen Hermann Fleißner, Pirna.

Einen sehr verhängnißvollen Ausgang nahm die Verhandlung, die gestern vor der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Frommhold gegen den Genossen Fleißner stattfand. Der der Verhandlung zu Grunde liegende Thatbestand ist folgender:

Am 7. Juli hat im Gasthof zu Goes eine öffentliche Versammlung stattgefunden, in der Gen. Fleißner einen Vortrag über: „Das sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz in seiner Praxis und die Sozialdemokratie" hielt. Gelegentlich dieses Vortrages soll er nun nach der Kritisirung einzelner Paragraphen den Beamten der Amtshauptmannschaft, die mit der Ueberwachung von Versammlungen betraut werden, den Vorwurf gemacht haben, daß sie das Vereins- und Versammlungsgesetz nichts verständen, wenn den Arbeitern die Wahrheit gesagt würde, löse man die Versammlung auf. Im weiteren Verlaufe des Vortrages soll er gesagt haben, „wenn ein gebildeter, bewußter Sozialdemokrat aufs Gericht nach Pirna müsse, dann wisse er schon genau, daß er verurtheilt sei". Zur Beweisführung für diese Behauptung soll er sich auf einen Fall Teichmann bezogen und dabei in dieser Sache vom Schöffengerichte Pirna ergangene Urtheil ein „tolles" genannt haben. Amtshauptmannschaft und Amtsgericht Pirna stellten Strafantrag. Es wurde denn auch Anklage wegen Vergehen gegen §§ 187, 186 und 196 des Strafgesetzbuches erhoben. Kurz vor der Hauptverhandlung änderte man die Anklage dahin, daß sie Strafverfolgung aus § 185 beantragte.

Dem Angeklagten Fleißner war es nicht möglich gewesen, einen Rechtsanwalt zu erhalten. Er hatte, bei drei hiesigen Rechtsanwälten angefragt, ob sie die Sache übernehmen wollten, bekam aber überall einen ablehnenden Bescheid. Mit Rücksicht hierauf beantragte Fleißner Vertagung der Verhandlung. Das Gericht lehnte aber den Antrag mit der Begründung rundweg ab, daß ein Fall nothwendiger Vertheidigung nicht vorliege. Fleißner bestreitet, die ihm zur Last gelegten Aeußerungen gethan zu haben. Er giebt an, daß die von der Anklage zitirten Stellen seines Vortrags, ganz abgesehen davon, daß sie mit diesen bei Weitem nicht übereinstimmen, ganz aus dem Zusammenhang herausgerissen seien. So will er nur gesagt haben, es sei allerdings vorgekommen, daß Beamte in die Versammlungen gekommen seien, die mit dem Gesetz nicht so vertraut waren, das beweist der Umstand, daß schon viel Versammlungen aufgelöst wurden und dann höhere Behörden entschieden, daß diese Auflösungen zu Unrecht geschahen. Den Beamten könne man aber daraus keinen Vorwurf machen, wenigstens sei er weit entfernt davon, dies zu thun. Wisse er doch genau, daß ein großer Theil dieser Beamten nur eine niedere Volksschule besuchte und in der Volksschule leider keine Gesetzeskunde gelehrt wird. Die Aeußerung in Bezug auf das Amtsgericht Pirna hat er überhaupt nicht gethan. Ebenso hat er das Wort „toll" nicht in den Mund genommen. Fleißner wird bei seiner Rechtfertigung vom Vorsitzenden wiederholt unterbrochen. Er hielt ihm vor, er solle dem Gericht keine agitatorische Rede halten. Dem Gerichte könne nicht zugemuthet werden, daß es den Vortrag noch einmal gehalten bekomme.

Zeuge Schutzmann Müller aus Rathewalde hat die Versammlung überwacht. Er giebt an, es seien ca. 130—150 Personen anwesend gewesen. Er selbst habe sich Notizen über den Vortrag gemacht, habe aber dem Referenten nicht immer folgen können, weil derselbe sehr schnell gesprochen habe. Aus seinen Notizen, aus denen er sehr schlecht replizirt, gehe aber hervor, und dies sei ihm auch deutlich im Gedächtniß geblieben, daß Fleißner die Aeußerungen, wie in der Anklage angegeben, thatsächlich gebraucht hat. Der Zeuge verwickelt sich schließlich in einige Widersprüche. So giebt er den Zeitraum, der zwischen der ersten und zweiten Aeußerung gelegen, als einen größeren an, als er dies in der Anzeige und beim ersten Verhör gethan.

Fleißner widerspricht den Angaben des Zeugen. Schutzmann Greilmann aus Pirna sagt aus, daß der Redner in „mächtiger Weise" gegen die bestehende Ordnung losgezogen sei. Der Vortrag sei sehr aufreizend gewesen. Er selbst habe sich keine Notizen gemacht, aber er habe noch genau im Gedächtniß, was Fleißner gesagt habe. Insbesondere sei es ihm genau erinnerlich, daß Fleißner die Aeußerungen, wie sie in der Anklage aufgenommen, gethan habe. Er habe einmal sogar gesagt: „Von solchen Beamten müssen wir uns nun überwachen lassen." Die Versammlungstheilnehmer hätten nach dieser Aeußerung die Beamten durch „Buh" insultirt". Im Uebrigen sagt er aus, daß Fleißner sehr schnell gesprochen habe. Fleißner richtet an den Zeugen mehrere Fragen. Der Vorsitzende hält Fleißner vor: „Sagen Sie einmal. Sie haben doch ebenfalls nur eine mangelhafte Schulbildung genossen, wie kommen Sie dazu, so einen juristischen Vortrag zu halten." Der Gemeindeälteste von Goes hat die Aeußerungen so vernommen, wie sie in der Anklage stehen. Es sei ordentlich schrecklich gewesen, wie der Redner losgegangen sei. Das Wort „tolles Urtheil" hat er mehrmals vernommen.

Nach diesem Verhör wird zur Vernehmung der Entlastungszeugen geschritten. Genosse Fräßdorf ist in jener Versammlung zugegen gewesen und soll jetzt zeugen. Als er vor seiner Vernehmung vereidigt werden soll, richtet er an das Gericht die Frage, ob er gegen eine ev. Verfolgung wegen Meineides geschützt würde. Der Vorsitzende, über diese Frage erstaunt, fällt ihm ein, wie er zu dieser Frage komme. Fräßdorf deutet an, daß doch noch Beamte als Zeugen da seien und diesen jedenfalls eher geglaubt werde. Landgerichtsdirektor Frommhold erklärt darauf wiederholt, daß Fräßdorf nur die Wahrheit sagen solle. Fräßdorf leistet den Eid. Er sagt aus, daß er dem Vortrage Fleißner's mit großem Interesse gefolgt sei. Nur einmal sei er auf ganz kurze Zeit draußen gewesen. Seine Aussagen decken sich im Wesentlichen mit den Angaben Fleißner's. Das Wort „toll" hat er nicht gehört, es wäre ihm auch schwerlich entgangen, wenn es wirklich gefallen wäre. Die Ausführungen Fleißner's seien im Uebrigen nur eine berechtigte Kritik der bestehenden Verhältnisse gewesen. Der Vorsitzende macht hierüber mehrere sonderbare Bemerkungen und spricht dann im Verlaufe der Verhandlung mehrmals in ironischer Weise anstatt von dem Vortrage Fleißner's von dessen „berechtigter Kritik". Fräßdorf läßt sich trotz verschiedener ironischer Bemerkungen und Zwischenfragen des Präsidenten nicht beirren, sondern verharrt bei seinen Aussagen.

Zeuge Bäcker Findeisen ist den Ausführungen Fleißners ebenfalls beifällig gefolgt. Er ist nur auf kurze Zeit aus dem Saale gegangen, aber nicht zu der Zeit, als die inkriminirten Aeußerungen gefallen sein